



SP Frauen Schweiz
Femmes socialistes suisses
Donne socialiste svizzere

Bern, 8. Februar 2010

Julia Gerber Rüegg, Co-Präsidentin SP Frauen Schweiz

Volksinitiative „Abtreibung ist Privatsache: Frauenfeindlich, gefährlich und verlogen!

Nur 0,02% der gesamten Kosten für das Gesundheitswesen fallen bei den Krankenkassen für Abtreibungen an. Nun verlangen die Gegner des Schwangerschaftsabbruchs, dass diese Kostenübernahme aus dem Leistungskatalog der obligatorischen Krankenversicherung gestrichen werden soll. Die Initiantinnen und Initianten tarnen mit dem unglaublichen Scheinargument der Kosteneinsparung im Gesundheitswesen einen Frontalangriff auf das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper.

Erst 2002 hat das Volk mit 72 Prozent Ja-Stimmen die sogenannte Fristenregelung gutgeheissen. Diese Regelung erlaubt es Frauen, bis zur 12. Schwangerschaftswoche ihre Schwangerschaft straflos abzubrechen. Christlich fundamentalistische Kreise haben diesen klaren Volksentscheid nie akzeptiert. Darum blasen sie, getragen von CVP-, SVP- und wenigen FDP-Parlamentariern, erneut zum Angriff. Dass es mit Nichten um die Gesundheitskosten, geht, zeigt auch die Tatsache, dass der Verein mamma.ch die Initiative begrüsst und mitträgt. Mamma.ch hiess 2002 noch Verein für Mutter und Kind. Seine gleichnamige Volksinitiative, welche den Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich unter Strafe stellen wollte, wurde ebenfalls 2002 mit 81,7 Prozent wuchtig verworfen.

Verletzung des Grundrechts auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper

Wenn Frauen für Abtreibungen selber aufkommen müssen, ist das eine Einschränkung des Zugangs zur Abtreibung. Wird die finanzielle Hürde für eine Abtreibung aber erhöht, können nicht mehr alle Frauen frei über ihren eigenen Körper bestimmen. Vielen wird das Recht beschnitten, frei zu entscheiden, ob sie ein Kind zur Welt bringen wollen oder nicht. Ein Recht, das die Frauen nach langen Kämpfen errungen haben. Ein Recht, auf das die Frauen nicht mehr verzichten wollen!

Es gibt keinen hundertprozentigen Schutz vor unbeabsichtigter Schwangerschaft. Jede Frau trägt ein gewisses Risiko, ungeplant schwanger zu werden. Eine ungewollt schwangere Frau steht immer vor der schwierigen Frage, ob sie die grosse Verantwortung für ein Kind übernehmen kann oder nicht. Keine Frau wird mit dieser existentiellen Frage leichtsinnig umgehen. Die Gegner der Fristenlösung behaupten trotzdem immer wieder, straffreier Schwangerschaftsabbruch würde die Zahl der Abbrüche in die Höhe treiben. Heute wissen wir, dass das Gegenteil der Fall ist: Die Entkriminalisierung der Abtreibung hat die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche nicht erhöht. Dafür wurde dem unwürdigen Abtreibungstourismus ein Riegel geschoben und das Risiko für eine Abtreibung minimiert.

Nie mehr Abtreibungen auf dem Küchentisch!

Vor allem Frauen mit einem geringen Einkommen hätten die verheerenden Folgen der unsäglichen Initiative „Abtreibung ist Privatsache“ zu tragen. Denn diejenigen, die es sich leisten können, werden eine Zusatzversicherung abschliessen oder den Eingriff bar bezahlen. Zwar hat die Schweiz eine der tiefsten Abtreibungsraten der Welt (6,5 Frauen von 1'000, Zahl, und Jahr für Jahr

werden es weniger). Aber wir wissen, dass Migrantinnen in der Regel dreimal mehr eine Abtreibung durchführen als Schweizerinnen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Es gibt Migrantinnen, welche mit der Frage der Verhütung nicht vertraut sind, weil diese in ihrem Ursprungsland noch nicht die Regel oder gar verboten ist. Oft leben diese Frauen in einem sozial benachteiligten Milieu, sind schlecht qualifiziert, arbeiten unter prekären Bedingungen und ihr Aufenthaltsstatus in der Schweiz ist nicht gesichert. Wer in prekären Verhältnissen lebt, der spart auch bei der Verhütung. Da darf auch eine Abtreibung nicht viel kosten. Es gäbe wieder Engelmacherinnen und Abtreibungen auf dem Küchentisch, wie anno dazumal. Das aber wollen wir nie mehr! Nicht auszudenken, welches Leid und welche Schmerzen die Abschaffung der Kostenübernahme von Abtreibungen durch die obligatorische Krankenkasse verursachen würde!

Gute Bedingungen für Schwangerschaft und Geburt für alle Mütter

Die Initianten behaupten tatsächlich, die Kosten der Abtreibung sollten nicht mehr von den Krankenkassen übernommen werden, weil der Schwangerschaftsabbruch nichts mit einer Krankheit zu tun habe. Es sei fehl am Platz diese einer Versicherung aufzubürden, die das Wort krank im Namen trage. Ja, Schwangerschaft und Geburt sind keine Krankheiten. Trotzdem ist es richtig, dass Ärztinnen und Ärzte, sowie Hebammen Schwangerschaft und Geburt begleiten, um Komplikationen zu vermeiden und über die Gesundheit von Mutter und Kind zu wachen. Wenn man aber der Logik der Abtreibungsgegner folgt, dürfte auch diese Leistung in Zukunft nicht mehr von der Krankenkasse getragen werden. Das hiesse dann, dass nur noch die Reichen das Recht hätten, frei zu entscheiden, ob sie Kinder haben wollen oder nicht. Und nur noch die Reichen dürften Kinder unter guten Bedingungen zur Welt bringen. Nein. So nicht!

Frauen nicht allein lassen!

Wer würde sich um die Gesundheit einer Frau kümmern, wenn sie an den Folgen einer nicht sachgerechten Abtreibung krank würde? Etwa der Monsieur, der die Schwangerschaft verursacht hat. Wohl kaum. Die Frauen haben dann die Konsequenzen allein zu tragen, sowohl auf gesundheitlicher, menschlicher wie auf finanzieller Ebene. Die gleichen Kreise, welche die Frauen nicht selbstverantwortlich über ihre Schwangerschaft entscheiden lassen wollen, bürden ihnen ganz allein die Verantwortung für die Folgen und die Kosten eines Schwangerschaftsabbruchs. Eine unmenschliche Haltung, die es entschieden zu bekämpfen gilt!

Offensichtlich sind reaktionäre Initiativen im Moment im Trend. Unsere Antwort ist da eindeutig: Grundrechte sind nicht verhandelbar, auch Frauenrechte nicht. Sagen Sie heute schon nein zur Initiative der Abtreibungsgegner und unterschreiben sie die Charta für die Frauenrechte!